

Neue Zürcher Zeitung NZZ, Ausgabe vom 17. März 2004

## **Kampf um Würde und Schutz der Frau**

### **Leitlinien der Schweizer Menschenrechtspolitik**

C. Bi. Am Dienstag hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, Micheline Calmy-Rey, im Genfer Palais des Nations die Leitlinien der schweizerischen Politik in Fragen der Menschenrechte dargelegt. An einer Medienkonferenz, an der Regierungsvertreterinnen aus 24 Ländern auf Einladung der Schweiz teilnahmen, erklärte sie, der Kampf um die Würde und den Schutz der Frau müsse im Mittelpunkt des Einsatzes für Demokratie und eine gerechte Gesellschaft stehen. Gewalt gegen Frauen sei ein Problem, das alle Länder, auch die Schweiz, betreffe. Diese Gewalt sei nicht einfach ein «Frauenproblem», sondern gehe ebenso sehr die Männer an. Gewalt könne als Vergewaltigung, sexuelle Ausbeutung, Verstümmelung von Geschlechtsteilen, häusliche Gewalt, Diskriminierung und Armut auftreten. Die Gleichgültigkeit gegenüber den Rechten der Frau müsse beseitigt werden.

### **Keine Kavaliersdelikte**

Die Leiterin der deutschen Delegation bei der Menschenrechtskommission, Claudia Roth, unterstrich ihrerseits, dass Frauen- und Kinderhandel keine Kavaliersdelikte, sondern Teile des organisierten Verbrechens seien. Die von Calmy-Rey eingeladenen Regierungsvertreterinnen hatten sich am Montagabend in einem informellen Treffen am Rand der 60. Tagung der Uno-Menschenrechtskommission getroffen, um über gemeinsame Massnahmen für einen besseren Schutz der Frau zu diskutieren.

In ihrer Ansprache vor der Kommission verurteilte Calmy-Rey am Dienstag die Terroranschläge von Madrid und sprach den Betroffenen das Beileid der Schweizer Regierung aus. Sie legte aber auch dar, dass im Kampf gegen den Terrorismus zwingend die Menschenrechte und das humanitäre internationale Recht zu respektieren seien. Auch das Verbot der Folter sei eine Norm, die keine Abweichung zulasse. Zudem werde sich die Schweiz weiterhin für eine Abschaffung der Todesstrafe wie auch für die Rechte von Minderheiten einsetzen.

### **Reform der Kommission angestrebt**

In ihrer Rede sprach sich Calmy-Rey auch für eine grundlegende Reform der Menschenrechtskommission aus. Die Schweiz setze sich für die Schaffung eines Human Rights Council ein, der beispielsweise als viertes Hauptorgan der Vereinten Nationen konstituiert werden könnte. Entsprechende Ideen seien dem Uno-Generalsekretär Annan unterbreitet worden. Die Schweiz werde sich auch weiterhin bemühen, den Dialog zu fördern, den die Kommission so nötig habe.